

Bezugspreis:
Für Dresden Vierteljährlich:
3 Mark 50 Pf., bei den Kaiserlich
deutschen Postämtern
vierteljährlich 3 Mark, außer-
halb des Deutschen Reiches
Post- und Transportgebühren
eingerechnet. Einzelne Nummern: 10 Pf.
Vertheilung:
Täglich mit Ausnahme der
Sonn- und Feiertage abends.
Preis der Anzeigen: Nr. 1295.

Ankündigungsgelder:
Für den Raum einer ordentlich
geordneten Zeile kleiner Schrift
20 Pf. Unter „Ankündigung“
die Seite 50 Pf.
Bei Tabellen- und Feiertags-
entprechender Vertheilung.
Verleger:
Königliche Expedition des
Dresdner Journals
Dresden, Poststraße 50.
Preis der Anzeigen: Nr. 1295.

Amtlicher Teil.

Dresden, 27. September. Das königliche Hoflager ist heute von Schloss Moritzburg nach Billa Strethen verlegt worden.

Dresden, 26. September. Se. Majestät der König haben allergnädigst geruht, dem Rechtsanwalt und Notar Justizrath Dr. Otto Schill in Leipzig den Titel und Rang als Oberjustizrath zu verleihen.

Ernennungen, Beförderungen u. im öffentlichen Dienste.

Am Geschäftsbereich des Ministeriums des Kultus und öffentlichen Unterrichts. Erledigt: die zweite Lehrstelle in Kottbusch bei Glatz. Kolator: die obere Schulbehörde. Gehalt: 1200 M., überdem 150 M. Wohnungsgeld und 36 M. für Turnunterricht. Ernennungsgeld: mit fünfjährigen Diensten bis in die nächste Zeit sind bis zum 25. Oktober bei dem königl. Bezirksinspektors Schulrat Schulze in Glatz einzureichen. — In bezug: die zweite Lehrstelle in Wittenberg. Kolator: die obere Schulbehörde. Das Einkommen beträgt bei freier Wohnung im neuen Schulhaus nach Gartenweg 1200 M. Gehalt und 100 M. persönliche Zulage. Ernennungsgeld: mit drei- oder vierjährigen Diensten bis zum 10. Oktober an den königl. Bezirksinspektors Schulrat Schaefer in Chemnitz einzureichen; — die Richtschlichter in Chemnitz. Kolator: die obere Schulbehörde. Einkommen: außer freier Wohnung im Schulhaus bei einem Wohnungsgeld von 250 M. ein Jahresgehalt von 1200 M., 100 M. persönliche Zulage, 72 M. für Fortbildungsgeld und 60 M. von Kirchenbesitz. Außerdem werden event. an die Frau des Lehrenden 150 M. für den Unterricht in weiblichen Handarbeiten gezahlt. Fortbildungsgeld: Ernennungen sind bis zum 10. Oktober an den königl. Bezirksinspektors Schulrat Schaefer in Chemnitz einzureichen; — die zweite und dritte Lehrstelle in Wittenberg. Kolator: die obere Schulbehörde. Für jede Stelle wird ein Gehalt von 1200 M. neben freier Wohnung gezahlt. Mit der zweiten Stelle ist Turnunterricht, mit der dritten Stelle Fortbildungsgeldunterricht gegen Ernennung von je 72 M. Pension verbunden. Gesuche mit vollständigen Zeugnissen bis in die nächste Zeit bei dem königl. Bezirksinspektors Schulrat Schulze in Glatz bis zum 25. Oktober einzureichen.

Nichtamtlicher Teil.

Eine Statistik über Streibergehen.

Wie bekannt, ist im Reichstage seinerzeit von den Gegnern des Gesetzentwurfes zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses über die angeblich höchst unangenehme Begründung der Vorlage viel gesprochen worden, und wenn man insbesondere die sozialdemokratischen Blätter nachsah, so konnte man erfahren, daß die regierungsfreundlichen Auffassungen von den Hebern verschiedener Parteien „schonungslos gerichtet“ worden seien. Zugleich stellte damals die Gegnerschaft ein anderes Material in Aussicht, das für den Gesetzentwurf schlechweg vernichtend sein würde. Dieses Material liegt jetzt in einer von der „Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ aufgemachten Statistik über die Streibergehen im Jahre 1898 vor. Durch selbige soll das sachliche Bedürfnis für neue strafrechtliche Bestimmungen gegen diese Art Vergehen verneint, der bereits Gesetzentwurf als ein Klaffendes an den Wunden des Unternehmens zurückgewiesen werden. Angesichts eines solchen Zweckes empfand man natürlich doppelt das Fehlen einer amtlichen Statistik, die ja erst für das laufende Jahr in Angriff genommen worden ist. Sieht man sich inbezug die Zahlen der Statistik der Gewerkschaftskommission an, so ergibt sich, daß im Jahre 1898 an Streits 60162 Personen beteiligt gewesen sind, von denen 321 auf Grund des § 153 der Gewerbeordnung oder des Strafgesetzbuches wegen Streibergehen bestraft worden sind. Das macht also auf 1000 Streiber 5,4 Verurtheilte. Der „Vorwärts“ findet diese Ziffer aberaus gering. Wenn man die natürliche Erbitterung der Streiber gegen den „Streiberherrscher“ erwäge und dann bedenke, daß nach der amtlichen Kriminalstatistik von 1897 im Deutschen Reich auf 1000 Strafmündige 12,48 Verurtheilte kommen, so sei damit „den Streiber ein Zeugnis für ihr musterhaftes Verhalten“ ausgestellt, das durch verurtheilte Verurtheilungen nicht beeinträchtigt werden kann.“ Diese Vergleichen wird aber von den „Vorw.“ mit recht als ein Tadelsspielstückchen bezeichnet. 1000 Personen, die alle möglichen im Deutschen Reich verbotenen Handlungen begehen können, und 1000 Personen, die auf eine einzige Art von Tathandlungen beschränkt sind, das sind überhaupt unvergleichbare Größen, der Beweis für das „musterhafte Verhalten“ der Streiber ist demnach hinlänglich. Aber damit nicht genug. Um die Streiberlimitation auf einen so niedrigen Niveau erscheinen lassen zu können, läßt der „Vorwärts“ die Fälle, in denen Streiber wegen großen Unfugs oder wegen Uebertretungen von Polizeiverordnungen bestraft worden sind, einfach außer Rechnung. Es handelt sich da, meint er, um eine „rechtlich nicht anerkennende willkürliche Anwendung des § 360 Nr. 11 des Strafgesetzbuches.“ Die Streiber würden wegen Handlungen, z. B. wegen Verleumdungen, bestraft, welche alle anderen Staatsbürger als ihr gutes Recht ansehen und ausüben. Die Polizeiverordnungen würden oft während eines Streits erlassen und somit ein Ausnahmezustand für die Streiber geschaffen. Das ist die Aufhebung des „Vorwärts“. Damit ist aber die Thatsache nicht aus der Welt geschafft, schreiben die „Vorw.“, daß die betreffenden Verurtheilungen erfolgt sind, und eine gewisse Statistik der zur Abhandlung gelangten Streibergerichte wird sie mit aufzuzählen müssen. Nun sind, nach den Feststellungen der „Generalkommission“, wegen großen Unfugs 234 und wegen Uebertretungen von Polizeiverordnungen 68 Streiber bestraft worden, und die Gesamtzahl der Verurtheilten stellt sich auf 623 bei 60162 Streiber überhaupt, also auf 10,3 von 1000. Das ist denn freilich so ziemlich das Doppelte der von „Vorwärts“ ausgerechneten Zahl, und es ist sehr fraglich, ob die nichtsozialdemokratische Welt in dieser Ziffer den Beweis eines „musterhaften Verhaltens“ der Streiber zu erblicken geneigt sein wird. Vielmehr könnte die Zahl manchen hoch genug erscheinen, um die Wirksamkeit der bisherigen Strafandrohungen einer erneuten Prüfung bedürftig zu halten. „Vorwärts“ ist das Ergebnis der Generalkommissionenstatistik jedenfalls nicht für die Begründung der Arbeitswilligen vorlage. Die daran geknüpften Bemerkungen des „Vorwärts“ aber enthalten sogar eine durchschlagende Rechtfertigung derselben. Wir teilen bis zu einem gewissen Grade die Bedenken des „Vorwärts“ gegen die Anwendung des Paragraphen vom großen Unfug und des Polizeiverordnungsrechts bei Streibergerichten. Aber was folgt daraus? Doch nicht, daß die betreffenden Vergehen nicht strafwürdig sind, sondern nur, daß die bestehende Gesetzgebung für Streibergerichte nicht ausreicht. Wegen großen Unfugs sind nicht weniger als 234 Streiber bestraft worden, auf Grund des § 153 der Gewerbeordnung dagegen nur 56, und auf Grund dieses Paragraphen in Verbindung mit Bestimmungen des Strafgesetzbuches 49, zusammen also nur 105. Leider sagt uns die Statistik nicht, wieviel Streibergerichten freigesprochen sind, weil der Richter den Paragraphen vom großen Unfug nicht anwenden zu können glaubte, und ebensowenig, in wieviel Fällen aus eben diesem Grunde eine Anklage überhaupt nicht erst erhoben wurde. Aber die verhältnismäßig sehr große Anzahl der Fälle, in denen

nachgewiesen worden zu dem Aufstandsmittel des großen Unfugs und der Polizeiverordnung gegriffen wurde, beweist für jeden Unbefangenen zur Genüge die Unzulänglichkeit der bestehenden Gesetzgebung und die Nothwendigkeit ihrer Ergänzung.“

Eine Kraftprobe der französischen Sozialdemokratie

bedeutet die jetzige Auslandsbewegung im Grenzort. Nachdem die Jovietacht der bürgerlichen Parteien das republikanische Regime derart beeinflusst hat, daß es, um sich gegen die Bewegung der Orleansisten behaupten zu können, den Anschlag an die linksradikalen Elemente suchen mußte, ist der Uebermut der Genossen ins Ungemessene gestiegen. Sie leisten der Republik Herrschfolge gegen die orleanistische „Klerikal-general-stäbelerische Verbindung“, aber um einen von ihnen selbst zu bestimmenden Preis. Und diesen Preis sollen in erster Linie die industriellen Arbeitgeber bezahlen. Die französische Industrie soll hinfort eine sozialdemokratisch organisierte, sozialdemokratisch geleitete und sozialdemokratisch fruktifizierte sein, oder sie soll überhaupt nicht sein — so lautet die von Jaurès und Genossen ausgegebene und von den Regierten des Streits im Grenzort zu verwirklichten geforderte Lösung. Seit Donnerstag früh ist in genanntem Industriezentrum der Generalstreik verhängt. Die Streikleiter machen auch gar kein Hehl daraus, daß es ihnen weit weniger um Erzielung von Lohnserhöhungen und sonstigen Berufsfortschritten für die Arbeiter zu thun ist, als vielmehr um die Unterwerfung des großindustriellen Arbeitgebers. Hr. Schneider unter die Diktatur des Proletariats. In den Rahmen dieser Bestrebungen gehört insbesondere auch das Verlangen, die Vereinbarung vom 2. Juni, auf die das feierliche Einvernehmen des Hr. Schneider mit seinem Arbeiterpersonal gegründet war, unter die Vorherrschaft der Sozialdemokratie zu stellen. Daburch würde letzteres zunächst absoluter Herr der Industrie des Grenzort, als erste Etappe auf dem Wege zur Begründung der proletarischen Diktatur über die Industrie von ganz Frankreich. Hr. Schneider hat denn auch in richtiger Beurteilung der Lage, es schlanke abgelehnt, mit irgend anderen Personen als mit seinen Arbeitern zu verhandeln, insbesondere hat er sich geweigert, den Generalsekretär des Streikkomitees, den Citoyen Adam, zu empfangen, und dies in einem offenen Briefe an den Unterpräfekten des Grenzort mit allem Nachdruck betont. Dieser Brief hat den Joren der Heber auf den Gipfel gebracht; ganze Schwärme von Emisariern wurden aus Paris auf den Streikhauptplatz entsandt, um die Streiber, die noch nicht mit sich ins reine gekommen waren, weshalb sie eigentlich die Arbeit niedergelegt hatten, darüber zu „belehren“. Der sozialdemokratische Streikführer im Grenzort gilt hier nicht der Person des Hr. Schneider, sondern dem Arbeitsvertrage, dem Kapital als solchem, und von der Regierung wird erwartet, daß sie nicht nur nichts thue, um die Schärfe der Gegensätze zu lindern und einem gewaltthätigen Aufeinanderplayen derselben vorzubeugen, sondern daß sie sogar zu Gunsten der sozialdemokratischen Bestrebungen Partei ergreife, wie es einem Ministerium zukomme, in dem zwei leibliche Genossen, Ribier und Doubin, sitzen. Die Heber übersehen dabei nur, daß die Aufgabe der Regierung nicht nur in dem Schutze der Republik gegen die „reaktionären“, sondern auch gegen die revolutionären Umstürzer besteht.

Tagesgeschichte.

Dresden, 27. September. Ihre Majestät die Königin besuchten heute vormittag, begleitet von Ihrer Excellenz der Frau Oberhofmeisterin v. Plügel, die Blindenschule in Moritzburg. Allerhöchstdieselbe verließen sodann Moritzburg und trafen mittags in Billa Strethen ein.

Dresden, 27. September. Se. Königl. Hoheit der Prinz Friedrich August hat sich, von Seinem persönlichen Adjutanten Wittmeister v. Tümping begleitet, heute nachmittag nach Billa Strethen begeben, um einige Tage auf dem dortigen Reviere zu jagen. Die Rückkehr nach Dresden dürfte voraussichtlich Sonnabend abend erfolgen.

Deutsches Reich.

Berlin. Bei Ihrer Majestät der Kaiserin fand vorgestern zu Ehren Ihrer Majestät der Königin von Württemberg eine kleinere Abendgesellschaft statt, zu der auch der Reichskanzler Fürst zu Hohenhausen geladen war. Heute früh gedachten Ihre Majestät die Kaiserin nach Rommen anzutreten und mit Sr. Majestät dem Kaiser in Dirschau zusammenzutreffen.

— In der Rede, die Hr. Dr. Lieber auf der Generalversammlung heftiger Katholiken in Mainz gehalten hat, führt die „Post“ u. a. folgendes aus: Hr. Dr. Lieber hat in den wesentlichen Punkten durch seine Rede nur bestätigt, was die Sprache der Zentrumsblätter längst vermuten ließ. In dem Sturmhaufe gegen Hr. v. Rühl waren Centrum und Nationalliberale in letzter Zeit rührend einig. Dr. Lieber glaubt die Absicht zu wittern, das Centrum solle aus seiner führenden Stellung verdrängt werden, und will nun auf dem Posten bleiben, zum Kampfe gerüstet, denn er fürchtet, in seiner Abwesenheit müßten zu viel Töpfe zerfallen werden. Hr. Dr. Lieber ist von der hohen Bedeutung seiner Persönlichkeit sehr überzeugt. Weil die Lage bedrohlich werden will, ist er unentschieden. War er kann es verändern, daß Töpfe zerfallen werden; den anderen Führern traut er das, wie es scheint, nicht zu, wenn er ihnen auch durch Vergleiche mit ehemaligen Parteigenossen die schmeichelhaftesten Komplimente macht. Ueber seine angeblichen Reichspläne hat Hr. Dr. Lieber natürlich auch gesprochen, und zwar dahin, daß er die Erde so lange habe flattern lassen, um einmal offen die Absichten der Gegner rechts und links zu erkennen. Das sei völlig gelungen. Weniger Herzenswärme als Wärme eigener Interessen habe sich da gezeigt. Ja, jetzt gilt denn beim Centrum jemals Herzenswärme und nicht Wärme eigener Interessen, wenn es sich um einen politischen Kuhhandel dreht? Im übrigen müßten wir nicht, was die Gegner erraten hätten, es gab nichts zu verraten. Werthwirdig ist das außerordentlich warme Lob, welches der Nationalliberale von dem Zentrumsführer spendet wird. Diese rühmende Anerkennung ihrer Treue und Zuverlässigkeit in einer ganzen Reihe von Wahlen, in denen sie Zentrumsleute gegen Sozialdemokraten unterworfen, fällt umfomehr in die Augen, als demgegenüber gesagt wird, von den Konservativen ließe sich nicht Ähnliches rühmen. War dieses Lob lediglich auf eine bevorstehende heftige Landtagerversammlung gemünzt, bei der das Centrum auf die nationalliberale Wahlhilfe angewiesen ist, oder hat Dr. Lieber weiterschauende Pläne im Sinne? Angesichts der Wahlbündnisse mit Demokraten und Sozialdemokraten, die fortwährend von den Ultramontanen offiziell aber unoffiziell geschlossen werden, scheint freilich ein Kooperations mit Nationalliberalen ziemlich ausgeschlossen, sei es auch nur, um gemeinsam ererbte Augenblicke zu erweitern, zumal da die erste gemeinsame parlamentarische Aktion bei der Wahlreform so über abließ. Die Auslassungen Dr. Liebers über das Arbeitswilligengesetz waren sehr diplomatisch und wehrhaft, wenigstens nach den vorliegenden Berichten. Die Bereitwilligkeit, positive Vorschläge zum Schutze der Arbeitswilligen zu finden, aber unter Wahrung der Koalitionsfreiheit, kündigt Dr. Lieber an, zugleich aber hebt er hervor, daß die Stellung des Zentrums so sein würde, wie es in der ersten Sitzung ankündigte. Sehr viel kommt freilich darauf an, wie das Bündel der Vorschläge beschaffen ist, die das Centrum

Kunst und Wissenschaft.

Königl. Opernhaus. — Am 26. d. Mt.: „Fidelio“. Oper in zwei Akten. Nach dem Französischen bearbeitet von Treitschke. Musik von Ludwig van Beethoven.
Die gestrige Aufführung von „Fidelio“ war gut besucht und bereitete dem Publikum in vielen Stücken einen Genus. Frau Wittich sang die Leonore und erzielte wesentlich mit der Wiedergabe der großen Arie einen bedeutenden Erfolg. In dieser Arie wurde übrigens die schwierige Harnpartie mit vollkommener Sicherheit ungemein schön ausgeführt. Sehr zu rühmen kommt den Vorlesern der Beethoven'schen Oper, daß die Rollen des Rocco, seiner Tochter und des jungen Fidelio neu und vortrefflich besetzt sind. Hr. Koss, deren Fleiß und Ehrgeiz durch ihr ungewöhnlich hohes und immer mit entsprechenden Leistungen verbundenem Auftreten bewiesen wird, sang die Barceffe sehr befriedigend, nur bedauerte sie den gesprochenen Dialog noch ziemlich heil. Ihre klare, feine Stimme verleiht im Verein mit dem angenehmen Tenor des Hr. Jäger (Jocquino) und mit dem Bass des Hr. Reubalds den mehrstimmigen Sängern in „Fidelio“ ein Maß von Vollklang, das man eine zeitlang hätte entbehren müssen. Gleich das Quartett im ersten Akte ward in bezug auf Tonwirkung zu einer Freude für die Ohren. Für die vielen Musikfreunde, die man unter den Besuchern einer „Fidelio“-Aufführung vermuten darf, würde es ein besonderes Geschenk sein, wenn, wie das an einigen Opernhäusern üblich ist, auch hierorts des öfteren zwischen den ersten und zweiten Akt die große Leonore-Duettüre eingelegt würde. Die kleine Duettüre, die der Oper vorausgeht, wird geradezu Schnitzgut nach jenem größeren und bedeutenderen Kunststücke.

Die Witterung des Sommers 1899.
Ein Rückblick auf den diesjährigen Sommer und dessen Vergleich mit dem aus einem fünfjährigen Zeitraum sich ergebenden Mittelwert lassen ihn in allen Stücken, die sich durch die Zahl bezeichnen lassen, aus einem ganz normalen Sommer bezeichnen. Unter den wichtigsten meteorologischen Elementen tritt zunächst die Wärme hervor, die sich in dem Mittelwert der ganzen Jahreszeit von 17.07° von dem normalen von 17.57° nur um 0.5° entfernt. Dagegen in dieser Zahl die dem ganzen vom 1. Juni bis 31. August sich erstreckenden Zeitraume zu teil gewordene Wärmemenge ausgedrückt ist, gibt sie doch noch kein Bild von der Verteilung und den Ausschreitungen der Temperatur, die innerhalb desselben ausgeübt werden und sich in auffallender Weise bemerkbar gemacht haben können, da sie doch der Mittelwert von unendlich vielen und verschiedenen Werten sein kann. Bezeichnender werden dagegen schon die Mitteltemperaturen kleinerer Zeiträume, der sogenannten Monate. Von diesen war der Juni mit 15.6° um 1° zu kalt, der Juli mit 18.4° nahezu normal und der August mit 18.4° nur um 0.3° zu kalt. Noch bemerkender tritt die Uebereinstimmung in den Schwankungen der Temperatur hervor. Diese, die durchschnittlich im Sommer 7.0° (im Juni) und 30.8° als höchste Wärme im Juli erreichen läßt, fand auch diesmal in 29.6° (Juli) und 30.1° (August) sowie in 6.6° ihrer Kälte. Zu den wärmsten Sommern mit einer Mitteltemperatur von 19.0° und noch mehr gehören die der Jahre 1834, 1852, 1859, 1861, 1868 und 1897, unter denen der wärmste mit 21.0° der des Jahres 1834 war, zu den kältesten dagegen, mit 16.5° und noch tieferer Temperatur, die von 1867, 1871, 1882, 1884, 1888, 1890 und 1891, deren niedrigste — 16.1° auf 1882 fiel. Aus diesen Angaben ist zugleich ersichtlich, daß die kältesten

Sommer vorwiegend der letzten Hälfte der fünfzig Jahre angehören. Diese Abnahme der Temperatur giebt auch die folgende Uebersicht, die die Mittel aus je fünf Jahren enthält, zu erkennen. Die Temperaturen betragen für die Jahre von
1825 bis 1829 — 18.6° 1864 bis 1870 — 17.8°
1830 bis 1834 — 19.2° 1871 bis 1875 — 17.5°
1835 bis 1839 — 18.3° 1876 bis 1880 — 17.6°
1840 bis 1844 — 18.1° 1881 bis 1885 — 16.8°
1845 bis 1849 — 17.9° 1886 bis 1890 — 16.8°
1891 bis 1895 — 17.5°
Die äußersten Temperaturen, die sich für die Sommer dieses Jahres ausgerechnet finden, sind: 0.5° am 1. Juni 1873 und 37.5° den 20. Juli 1865.
Wenig der Temperatur entspricht auch die Menge der Niederschläge fast genau den normalen Verhältnissen. Dem Mittel aus den letzten fünfzig Jahren zufolge erreicht die Regenmenge des Sommers eine Höhe von 226 mm oder eine Menge von 226 l auf den Quadratmeter. Sie betrug also diesmal in 227.5 l nur ein geringes mehr. Die Verteilung auf die einzelnen Monate war bezagt, daß dem Juni 14 l, dem Juli 19 l zu viel und dem August 31.1 l zu wenig zukamen. Starke Regengüsse, an denen der Sommer gewöhnlich sehr reich ist und die zuweilen, wie im Juli 1886, bis zu 102 l im Verlauf von 24 Stunden betragen können, waren nicht zu verzeichnen. Die größte Tagesmenge erreichte (am 3. Juli) nur 37.4 l. Die sehr wechselnden Regenmengen des Sommers, die von 89.3 l (1864) bis 405.2 l (1891) sich erstrecken, zeigen ihre Veränderlichkeit auch in der folgenden, die fünfjährigen Mittelsummen darstellenden Uebersicht. Darnach fielen auf den Quadratmeter in den Sommern von
1851 bis 1855 — 242 l 1871 bis 1875 — 184 l
1856 bis 1860 — 242 l 1876 bis 1880 — 225 l
1861 bis 1865 — 189 l 1881 bis 1885 — 201 l
1866 bis 1870 — 197 l 1886 bis 1890 — 252 l
1891 bis 1895 — 250 l

Entsprechend der Regenmenge erhielt sich auch die Zahl der Regentage in den normalen Grenzen. Von den 92 Sommertagen waren 46 oder die Hälfte Regentage. Durchschnittlich sind deren 47.5 zu erwarten, sie schwanken jedoch zwischen 28 im Sommer 1868 und 63 im Sommer 1879.
Im Vergleich mit den Sommern der letzten Jahre war der diesjährige verhältnismäßig reich an Gewittertagen. Dies ist um so auffallender, als sich seit 1880, wie die folgenden Zahlen zeigen, eine stetige Abnahme der Gewitter zu erkennen giebt. Denn es kamen auf die Jahre von
1881 bis 1885 — 59 Gewittertage
1886 bis 1890 — 40
1891 bis 1895 — 21
und im Vorjahre sogar nur drei Gewittertage vor, während sich in diesem Jahre die Zahl wieder auf elf erhöhte.
Der normalen Zahl der Regentage entsprechend, entfernten sich auch die Bewölkungsverhältnisse nur wenig von dem Durchschnittswerte. In der Gesamtheit würde die Bedeckung des Himmels von 63 statt 61 Proz., sowie die geringere Zahl von 7 statt 11 heiteren Tagen auf einen trüberen Charakter schließen lassen, wenn nicht der Hauptanteil davon nur dem Juli zuzurechnen wäre.
Die Luftströmungen gehörten mit 71 Proz. vorwiegend der Westseite der Windrose an. Am zahlreichsten waren die W. Winde, die 57 Proz., und die O. Winde, die 12 Proz. der Gesamtzahl bildeten, vertreten. Die durchschnittlich fast gleichmäßig herrschende Stärke entsprach 2.7 Grad der Beaufortskala (10 — Sturm), d. h. die Winde vermochten noch die Zweige zu bewegen und Wimpel zu strecken.
Den vorliegenden Bericht liegen die Beobachtungen der meteorologischen Station am Büschelplatz (Technische Hochschule) nach den Wochenberichten des hiesigen statistischen Amtes zu Grunde.
N.

* Grade nach Celsius, 5° C = 4° F.